A11NEU Bürgerbeteiligung & Transparenz

Gremium:	Schreibgruppe
Beschlussdatum:	11.03.2019
Tagesordnungspunkt:	1. Programmkapitel

Text

Mehr Transparenz und Mitbestimmung für Freiberg!

Transparenz und Mitbestimmung ist ein Querschnittsthema für alle Politikebenen und Politikbereiche. Auch die Stadt Freiberg hat hier vielfältige Möglichkeiten zu handeln.

Freiberg beteiligt regelmäßig die BürgerInnen der Stadt. Wer aber zu einem speziellen Termin verhindert ist, hat kaum Möglichkeiten sich außerhalb der Freien Presse umfassend zu informieren.

Deshalb fordern wir: Transparenz über das Internet.

Die Stadt Freiberg betreibt ein Rats- und Bürgerinformationssystem (BIS), das dem Namen nicht gerecht wird. Seit 2013 werden nur noch die Tagesordnungen öffentlicher Sitzungen und die dort gefassten Beschlüsse auszugsweise veröffentlicht. Da keinerlei Erläuterungen zum Sachverhalt dokumentiert werden, sind die Entscheidungen des Stadtrates nur schwer nachzuvollziehen. Wir fordern den Ausbau des BIS zu einem echten Informationssystem.Durch die Aktuelle Informationspolitik wird die Zivilgesellschaft von der Diskussion über Beschlussvorlagen ausgeschlossen, da sie erst nach dem Beschluss hiervon erfährt. Es müssen neben Tagesordnung, vollständigen Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates auch die Beschlussvorlagen mindestens sieben Tage vor der jeweiligen Sitzung online gestellt werden.

Nicht nur der Stadtrat soll transparenter werden - sondern ebenso die Stadtverwaltung. Mit dem Beschluss einer Informationsfreiheitssatzung wollen wir den BürgerInnen einfach und schnell nach dem Vorbild des Informationsfreiheitsgesetzes die Möglichkeit geben uneingeschränkt fragen an die Dafür zuständigen stellen zu geben . Wenn möglich, sollen Fragen und Antworten über das Internet öffentlich gemacht werden.

Auch die Einwohnerfragestunde soll online möglich sein. Ähnlich eines Forums sollen dabei Fragen und Antworten für alle BürgerInnen dauerhaft dokumentiert bleiben.

Um die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu Stärken wollen wir das Quorum für Bürgerentscheide auf 5% herabsetzen.